

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden.
Baden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauspost:
Gebr. Arnold, Dresden
und Ed. J. G. S. S. S.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Litke

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren in der Woche vom 22. bis 28. September
12000 000 M., unter Abzugsbahn für Deutschland die Nummer 8000 000 M.
Einzelnnummer 2500 000, — M.

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließjahr. Grundpreise: die 20 mm
breite Kompartimentszeile 125 M., die 90 mm breite Kompartimentszeile 200 M., für aus-
wärtige Anzeigen 160 und 240 M. Schließjahr: 30 000. Familienanzeigen
Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 800 000 M

Nr. 224

Dresden, Dienstag den 25. September 1923

34. Jahrg.

Das Ruhrgebiet wieder produktiv

Die Entscheidung der Ruhrvertreter — Beendigung des passiven Widerstandes

In Verlin ist eine schwere Entscheidung gefallen. Die Reichsregierung hat gestern bei einer Besprechung mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete die Gründe dargelegt, die einen Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet notwendig machen. In der darauffolgenden Aussprache stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen geschlossen auf den Standpunkt der Reichsregierung.

Nur wer Gefühlsauswülfungen geortet oder reaktionäre Ziele verfolgt, kann die Notwendigkeit der Berliner Entscheidung bestreiten. Aus Poincarés Reden ging deutlich hervor, daß wir ohne Aufgabe des passiven Widerstandes zu Verhandlungen mit Frankreich nicht kommen. Der Widerstand aber konnte nicht ins Unendliche fortgesetzt werden. Die Hauptgründe: erstens erfordert die Unterstützung der durch den Widerstand im Ruhrgebiet arbeitslos gewordenen Volksgenossen solche Umsunnen, daß Deutschland daran finanziell verbluten müßte; zweitens hatten die französischen Gewalttäter auf die Dauer mehr Nutzen von der Situation an der Ruhr als wir, da sie auf diese Weise große Teile der Verwaltung an sich bringen, Eisenbahnlirnen in eigene Regie übernehmen und Gelder beschlagnahmen konnten, wo es ihnen beliebt oder möglich war. Das Ringen an der Ruhr mußte — da England nicht einschreiten eingriff — mit einer Niederlage Deutschlands enden. Ein Sieg bleibt schließlich nur der Entschluß, eine unhaltbare Kampflinie aufzugeben. Es ist ein Sieg der Vernunft über die wuchernde Entschlußlosigkeit, von der das Kabinett Cuno beherrscht wurde.

Die Kommunisten werden gern, die Sozialdemokratie habe die kämpfenden Ruhrarbeiter verraten. Daß die Vertreter dieser Kämpfer neuerdings mehrfach die Ausschließlichkeit des Widerstandes verneinend haben, wird die R. V. D. unter den Tisch fallen lassen. Von den Deutschnationalen aber bis hinüber zu den Wölfen wird man mächtig ins germanische Horn stoßen und durch alle nationalistischen Männerbünde wird ein zorniges Raufen gehen. Brachte doch die Deutsche Zeitung gestern bereits eine Sonderbeilage, in der die Militärrevolution, die sich 1812 gegen die Dynastie kehrte und den Befreiungskrieg vorbereitete, breit geschildert wird. Wenn diese aktualisierten Erinnerungen einen Sinn haben sollen, so hofft man wohl auf der rechten Seite, daß sich ein York von Wartenberg, ein Gneisenau oder Scharnhorst finden sollen, die unsre gegenwärtige Wehrmacht zum Kampfe gegen die Reichsregierung auffordern.

Aber mehr, als besinnungslos ins Horn zu tuten, können diese Etappenhelden nicht. Vor einigen Tagen richtete die nationalliberale Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, die Frage an die Deutschnationalen, was sie denn zu tun gedächten, um den Kampf gegen Frankreich fortzuführen und welche Kampfmittel sie vorzuschlagen hätten? Wir haben bis heute nichts von einer Antwort der Deutschnationalen entbedt. Aber man kann aus ihrer Presse und aus ihren Reden zusammenreimen, wie sich die Rechtsradikalen so ungeschicklich die Lösung der Ruhrfrage ausmalen. Hier ihre wirren Gedankengänge: Wenn's sein muß, so überlassen wir den Franzosen das Ruhrgebiet und werden dadurch jeder Reparationsverpflichtung ledig. Die Ausbeutung des Ruhrreviers, die organisatorische Riesenaufgabe der Verbindung von lothringischem Erz und der Kohlenindustrie des Ruhrreviers wird den Franzosen nicht gelingen ihnen gehen die organisatorischen Talente, die uns Deutsche auszeichnen, ab. Also: Frankreichs Gläubiger werden auf Zahlung drängen, die Ausbeutung des Ruhrreviers gelingt nicht, die deutschen Zahlungen bleiben völlig aus, Englands und Amerikas Konkurrenz machen sich geltend, die Bewohner des Ruhrgebietes und des Rheinlandes werden sich nicht frangifizieren lassen, sondern den ausländischen Wuchhabern überall Schwierigkeiten bereiten — und so wird Frankreich sich am Ruhrpfeil krank essen, weil es ihn nicht rationell verdauen kann. In 15 oder 20 Jahren wird dann ein Revanchekrieg das weitere Befolgen.

Die verrannte französische Gewaltpolitik hat hier ein nicht minder verranntes Echo auf deutscher Seite geweckt. Denn verrannt ist diese Ansicht der Rechtsradikalen. Sie krankt an dem Uebel, das am deutschen Zusammenbruch sein gerüttelt Maß Schuld hat: die Unterschätzung des Gegners, der überhebliche nationalistische Glaube an die Unfähigkeit — der andern natürlich. Japan wird uns helfen, die Engländer haben nicht mehr Kruppen als ihr Söldnerheer, die Amerikaner können nicht herüberkommen, die Offensiven Rubezdorffs und Gindenburgs werden die französischen Reserven erköpfen — wenn Klingen nicht alle diese falschen Rechnungen der deutschen Kriegführung und ihrer Raubtäter noch in den Ohren! Und so falsch, wie sich alle diese Kriegsberechnungen erwiesen, so falsch sind die neuesten Spekulationen der Rechtsradikalen. Die Franzosen haben ihre Leutner und Juge-

nieure, sie haben die Gruben zum Teil schon in Gang gesetzt, die organisatorische Erfassung des Industriegebietes wird im Laufe der Zeit gelingen, und die deutschen Zahlungen müßten selbst nach englischer Auffassung gezahlt werden oder Frankreich könnte sich ohne Anstrengung mit der Besetzung weiterer rechtsrheinischer Strecken schablos halten. Was den Revanchekrieg jedoch anbelangt, so braucht man nur die Borniertheit der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen zu studieren, um zu bezweifeln, daß wir ihn gemönnen. Außerdem heißt die Frage nicht: Was wird in 15 Jahren möglich sein?, sondern sie lautet: Wie verhindern wir den Zerfall Deutschlands? Es geht gegenwärtig um nichts mehr und nichts weniger als um die Einheit Deutschlands. Es geht um die Frage, wie wir die Versorgung und die Ernährung des Volkes für die nächsten Monate am besten organisieren, wie wir die Hungersgefahr und den Kampf aller gegen alle bannen! Daß dieser Kampf zum Zerfall des Reiches führen könnte, ja aller Wahrscheinlichkeit nach führen müßte — wer wollte daran zweifeln, wenn er das verbrecherische Treiben der Separatisten in Bayern und am Rhein beobachtet?

Wenn jemand Schuld hat daran, daß jetzt der französische Militarismus auf lange, lange Zeit hinaus im Ruhrgebiet verbleiben wird, wenn auch in einer unsichtbaren Form, wenn jemand Schuld daran hat, daß trotz der kommenden Verhandlungen Deutschland seine Souveränität im Ruhrgebiet künftig mit französischen Kontrollinstanzen teilen muß, so sind es jene Kreise, die die Erfüllungspolitik planmäßig sabotiert haben. Wie ist die Sozialdemokratie von rechts und links beschimpft worden, weil sie unermüdlich voraussetzte, was jetzt eintritt: daß eine Erfüllungspolitik bis zu den äußersten Grenzen immer noch erträglich ist, als die Ruhrbesetzung und daß jede Ruhrbesetzung zu einer neuen demütigenden Unterwerfung führen muß! Der Fluch des somolen Kabinetts der Cunoischen Nachmänner begann damit, daß es diese gottverlassene aller Reaktionen wegen des Streikes um die Höhe der Reparationssumme zum Einmarsch französischer Soldaten in die wirtschaftliche Gesamtheit Deutschlands kommen ließ! Dieser Fluch lastet mit auf allen jenen bestehenden und reaktionären Kreisen, die durch ihren Widerstand gegen die Erfüllungspolitik das verzweifelte Deutschland auf diesen traurigen Pfad drängten. Der Schimpf fällt auch mit auf jene bürgerliche Presse, die im Februar noch mit der Sabotage der Erfüllungspolitik liebäugelte und heute zu spät erkennt, daß kein passiver Widerstand wieder gutmachen kann, was mit dieser Desperadopolitik verfehlt wurde: Das Experiment des Auftrumpfens ist gemacht worden und die Sozialdemokratie hat auch in diesem Punkte mit ihren Prophezeiungen in einer unarmherzigen Weise recht behalten, wie ihr lieb sein kann!

Möge jetzt das Kabinett Stresemann durch eine energische antikapitalistische Steuer- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß die Lasten der außen- und innenpolitischen Wiedergutmachung von den Schichten entsprechend getragen werden, die eine erträglichere Lösung der Reparationsfrage mit Steuererhöhungen und Arbeitsverweigerungen verhindern können.

Damit, daß jetzt das Ruhrgebiet wieder produktiv zu werden beginnt, daß eine Ursache der Marktenwertung beseitigt wird, hat sich die große Koalition noch lange nicht zur Lösung der deutschen Not, sondern erst zu einer Voraussetzung dieser Lösung durchgerungen. Die weiteren Schritte und Maßnahmen zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Mindestforderungen sind nicht minder dringend, sind nicht nur Daseinsfragen des deutschen Volkes, sondern vor allem auch Existenzfragen der großen Koalition.

Die Berliner Beschlüsse

Berlin, 24. September. Amtlich wird kundgemacht: Heute mittag 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrgebirde wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müßte, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt,

daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen — Wiederausführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einer Abbruchung des passiven Widerstandes zu sichern, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erreichen.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schritt gezogen werden müsse. Somit bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die amfendenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bewässerung der besetzten Gebiete zur geschätzten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Einbruch zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbesetzung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei

Die Dresdner Volkszeitung verboten!

Gehlers neuestes Heldentück

Wie uns mitgeteilt wird, ist auf dem Truppenübungsplatz in Königsbrunn und jedenfalls auch anderwärts folgendes Schriftstück ausgehängt:

Divisions-Lagesbefehl 440, Stadtbefehl 24. 9. 1923. Auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes verbiete ich die Dresdner Volkszeitung für alle Soldaten der Wehrmacht.

Der Reichswehrminister.

Also wir sind verboten, von dem demokratischen Reichswehrminister Gehler! Wir verstehen, daß Herrn Gehler die mancherlei Abreibungen, die wir ihm herbesternmaßen zuteil werden ließen, recht unangenehm berührt haben. Aber durch das Verbot unserer Zeitung wird die so fatale Affäre Gehler nicht schöner! Es zeigt sich hier wieder, daß Gehler eifrig bemüht ist, den Geist des alten kaiserlichen deutschen Heeres in der Reichswehr der Republik zu „pflegen“. In der Zeit Wilhelms II. machte man es ja auch so, wie es jetzt Herr Gehler macht. Die sozialdemokratische Presse war bekanntlich im alten Heere verboten, damit die Soldaten nicht von dem sozialdemokratischen Gift infiziert wurden. Es sollte vor allem auch jede Kritik am Heere selbst von den Angehörigen des Heeres ferngehalten werden, sie sollten nichts davon hören, daß so vieles saul im Staate und der Armee war. So soll auch der Soldat heute von dem Kampfe nichts erfahren, den Genosse Zeigner und die Dresdner Volkszeitung gegen die Mißstände bei der Reichswehr führen.

In der alten Zeit war es ganz natürlich, daß man die unangenehme sozialdemokratische Kritik mit Verboten bekämpfte. Derartige Kampfmittel waren im Deutschland Bismarcks II. für die Staatsorgane selbstverständlich, aber ist es nicht ein Skandal ohnegleichen, daß ein demokratischer Reichswehrminister jetzt in der deutschen Republik

nach denselben Methoden arbeitet? Herr Gehler hat sich durch seinen Befehl von neuem entpöhnt. Es gelingt ihm nicht, die Wehrabteilungen, die in unsern Spalten gegen ihn gerichtet wurden, zu entkräften, und da hilft er sich mit dem plumpen Mittel des Verbots. Wahrscheinlich, auch ein Demokrat, der Herr Reichswehrminister Gehler! Seine Partei kann stolz auf ihn sein!

Was hat sich nur Herr Gehler bei seinem Verbot gedacht, was glaubt er damit erreichen zu können, daß er zu seinen bisherigen Heldentaten eine neue skandalöse Maßnahme hinzusetzt? Herr Gehler dürfte die Antwort auf diese Frage schuldig bleiben. Wahrscheinlich hat er sich überhaupt nichts gedacht. Er ist so erfüllt vom alten echt kaiserlichen deutschen Samajdengest, daß er einfach auf eine ihm gebührende Kritik in derselben Weise antwortet, wie das früher ein königlich preussischer Kriegsminister auch getan hätte.

Das Verbot wird Herrn Gehler nichts nützen. Er wird nicht verhindern können, daß seine Reichswehrsoldaten doch erfahren, was die böse Dresdner Volkszeitung gegen ihn und seine Reichswehr bringt, und die Dresdner Volkszeitung wird sich auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, über Gehler und die Zustände bei der Reichswehr das Notwendige zu sagen. Zeigt uns doch das Verbot der Dresdner Volkszeitung von neuem, wie notwendig der Kampf gegen Gehler ist!

Eine Republikaner, der Müttern zusehe geht, die zu Gewalttaten gegen die Republik und Demokratie aufregen — das ist in der Not zu verstehen. Aber ein Minister, der sich Demokrat nennt und ein Blatt verbietet, weil es einen entscheidenden Kampf für Republik und Demokratie führt, der gehört auf den Komposthaufen der Geschichte.

der Durchführung der nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag fand im Reichstagsgebäude die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftsklassen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und preussischen Kabinetts statt.

Zum Schluß betonte der Kanzler, daß die Reichsregierung auch weiter an ihren Zielen — Durchführung der Vertriebenen, Befreiung der Eingekerkerten und Wiederherstellung der Gerechtigkeit an Rhein und Ruhr — unter allen Umständen festhalten werde.

Rückkehr zur Arbeit

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst jährt sich zum Berliner Beschluß:

Mit dem nötigen Schritt, den passiven Widerstand abzubrechen, hat die Reichsregierung das letzte Hindernis zu Verhandlungen mit den Entente Mächten aus dem Wege geräumt.

Die äußerst schwierige Aufgabe, vor die sich das Reichs-Kabinet in den kommenden Tagen gestellt sieht, wird ihr leider durch ein verantwortungsloses Treiben jener Kreise, die sich „national“ nennen, äußerst schwer gemacht.

Eine Entschließung der Berliner Parteigenossen

Auf dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag für Berlin, auf dem, wie wir bereits gestern berichteten, Genosse Zeigner sprach, wurde folgende Resolution angenommen:

Der am 23. September 1923 tagende Bezirksrat der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Berlins stellt fest, daß die Regierung der großen Koalition die von ihren Befürwortern gestellten Erwartungen nicht zu erfüllen vermag.

Der Bezirksrat hält es für notwendig, daß die Sozialdemokratische Partei ohne Rücksicht auf trügerische Bündnisse den Kampf für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Arbeiterklasse aufnimmt.

Leben * Wissen * Kunst

Dolchstöße

Im Echo, dem Blatt der jungen Demokraten, lesen wir diese Sätze des Dr. Alfons Hildenbrandts. Ein Kommentar ist überflüssig.

Der Große Kurfürst fiel für den Preis von 600.000 Gulden seinen deutschen Landsleuten, die das Elend verteidigten, in den Rücken. So kam das Elend zu Frankreich.

Friedrich II., der Große, gesteht selbst in seiner Geschichte der schlesischen Kriege ein, daß er durch seine Kriege gegen Oesterreich das Elend den Franzosen erdient habe.

Friedrich Wilhelm III. erließ 1813, ehe er durch das selbständige Handeln seines Volkes zum Anführer an Rußland gezwungen war, er wolle lieber über einen Teil seiner Lande herrschen als Napoleon's Sklaven, als über das ganze Land von Rußland zu werden.

Kurfürst Karl Theodor von Bayern versprach 1778 im Vertrag zu Wien, den größten Teil Bayerns abzutreten. Die Verjagung für seine unehelichen Kinder war der Preis, den Oesterreich bezahlte.

1784 hat der gleiche Mittelbacher, nachdem der obige Plan mißglückt war, Bayern zum Kauf gegen einen Teil der Niederlande und den Titel eines Königs von Burgund.

1848 beauftragte der bayerische König seinen Gesandten in London, England als Vizekönig der Wiener Unruhen zu einem Einspruch gegen die Einigungs-Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung aufzufordern.

Im Jahr 1800 bestand das Kurfürstentum Bayern nur aus dem wäldlichen von Bayern bewohnten Gebieten, aus Oberbayern, Niederbayern und einem Teil der Oberpfalz.

Für weitere Hilfe, die Bayern Napoleon leistete, in seinem Kampfe gegen den deutschen Kaiser, erhielt es 1816 eine erneute Vermehrung seines Gebietes um 500 Quadratmeilen, Landstriche, die wiederum zum größten Teil von Schwaben und Franken, also Nichtbayern, besetzt waren.

Als höchste Belohnung für die gegen Deutschland geleisteten Verdienste erhielt schließlich der bayerische Kurfürst am 1. Januar 1806 aus den Händen Napoleons, der zu diesem Zweck nach München gekommen war, die Königskrone.

proletarischen Kräfte für die abschließende Erringung folgender Ziele einsetzt:

Sofortige Erlassung der Sachwerte durch unabhängige und unmittelbare Verwertung des Reiches an der Verteilung in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe.

Steigerung der Kaufkraft durch eine auf Zubehorung der Produktion gerichtete Politik unter Aufrechterhaltung des Höchststandes.

Reinheitsfahrung und Wertbestandigmachung der Steuern.

Beibehaltung der Brotgetreidewirtschaftung aber den 15. Oktober hinaus.

Schaffung einer fundierten Reichswahrung, bei der das Notennotenzial als Höchstmaß des Reiches unangetastet bleibt.

Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der Reichswehr ist völlig erschuttelt und kann ohne Personen- und Systemwechsel innerhalb der Reichswehr nicht wiederhergestellt werden.

Der Bezirksrat verlangt daher von der Parteileitung ruckhaltlosesten Kampf gegen diese Personen und das System.

Der Bezirksrat verlangt ferner die sofortige Umbildung von Verbandlungen mit Frankreich unter Betonung der Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität über Rhein und Ruhr, die rückhaltlose Bekämpfung aller geheimbundnerischen Organisationen, sowie entschiedene Demokratisierung der Verwaltungskreise im Reich und in den Gliedstaaten.

Die Antwort des Proletariats auf die kapitalistische Politik der bürgerlichen Parteien kann nur der Sozialismus sein. Er muß zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbaren praktischen Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei gemacht werden, um die Unabhängigkeit der proletarischen Politik zu sichern und ihre Ueberlegenheit zu erweisen.

Der sozialistische, Regierung des Reiches Schaffen und ihrem Ministerpräsidenten Genossen Zeigner bringt der Bezirksrat seinen Gruß und bittet ihn, in seinem Kampfe gegen die Reichswehrleitung auszuhalten, die allezeit ein Instrument des Ruckschritts und ein Feind der Republik und der Arbeiterbewegung gewesen ist.

Kriegsverlangerer Ludendorff und seine gerichtliche Niederlage

München, 24. September. (Eig. Drahtbericht.)

Im Zusammenhang mit den politischen Umtrieben Ludendorffs in Oesterreich schrieb die Münchner Post im Mai d. J. von dem General als „dem großen Kriegsverlangerer“. Trotzdem andre Stellen des betreffenden Artikels eine viel schärfere Kritik und ein härteres Urteil über Ludendorff enthielten, fühlte sich der neue Palenkreuzerhauptling gerade durch den Ausdruck „der große Kriegsverlangerer“ derart gekankt, daß er zum Rabi lief und die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs unfers Parteiblattes auf Grund des § 185 des Reichsstrafgesetzbuches (wegen Beleidigung) verlangte.

In der am Montag vor dem Schöffengericht durchgeführten Verhandlung wollte der Rechtsanwalt Ludendorff, der nur in bolkschen Kreisen bekannte Justizrat v. Jekowitsch, den Nachweis führen, daß das Wort „Kriegsverlangerer“ ein beschimpfendes Schlagwort aus dem Jahre 1918 darstelle. Er hat dafür zwei Zeugen an. Das Gericht lehnte aber diesen Beweis antrag ab. Der Verteidiger des belagerten Redakteurs, Genosse Saenger, bestritt, daß das Wort Kriegsverlangerer überhaupt eine Beleidigung sei, die geeignet wäre, die Persönlichkeit Ludendorffs beruhtlich zu machen, vor allem aber bestritt er jede Absicht der Beleidigung. Für den Fall, daß die Münchner Post aber verurteilt würde, hat Genosse Saenger Beweis dafür an, daß die mit dem Wort Kriegsverlangerer geübte Kritik den Tatsachen entspreche, und verlangte hierzu die Ladung einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten als Zeugen und Sachverständige, darunter die Genossen Scheidemann, Müller, Weis, den Sohn des ehemaligen Reichskanzlers Grafen Hertling, verschiedene bayerische Generale, den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht, den ehemaligen Reichskanzler Prinzen Max von Baden, die Generale Hoffmann und Groener, Admiral Scheer, den Grafen Gernin, die Herren Delbrück und Thimme u. a. Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den belagerten Redakteur von der Anklage wegen Beleidigung frei und hurdete Luden-

dorf die Kosten des Verfahrens auf. In der Begründung des Urteils heißt es, daß das Wort Kriegsverlangerer wohl geeignet sei, seine Wirkung zu berufen und herabzusetzen, daß aber nach Form und Umständen, unter denen das Wort gebraucht wurde, die Absicht einer Beleidigung durchaus fehle.

Waffengardistischer Terror in München

S. P. D. München, 24. September. (Eig. Drahtbericht.)

Vor einigen Wochen wurden von den Kommunisten unter der Arbeiterschaft des Maschinen-Kraftwerkes proletarische Hundertschaften ins Leben gerufen. Sie boten der Münchner Nationalgarde die erwünschte Gelegenheit, in Kochel Ordnung zu schaffen, wozu für den letzten Sonntag zwei Bataillone des dem Kampfbund angehörenden Korps „Oberland“ mobil gemacht wurden.

Als nun am Sonnabend abend die bewaffneten Banden am Hofarabochhof in München den Sitzkrieg bestreiten wollten, wurde ihnen vom Wahnerpersonal erklärt, daß der Zug nicht gefahren werde. Wunmutig lebten die Eisenbahner den Transport ab. Sie haben durch ihre entschlossene Eingreifen zweifelslos die gemeingefährlichen Absichten dieser vaterländischen Landknechte vereitelt.

Der gesamten Einwohnerschaft des belagerten Stadtteils Kaitz sich begehrlicherweise eine ungeliebte Aufregung bemächtigt. Die in dem Bezirk stationierte Schutzmansschaft war zum Eingreifen zu schwach, sie mußte sich teilweise selbst in Sicherheit bringen.

Der am Montag erscheinende Folgerichter spricht lediglich von „nachlichen Zusammenstößen zwischen einer Abteilung Oberland und Inspektoriatspersonen, was zu einer lebhaften Schieberei führte, wobei ein Mann verletzt wurde“.

Nationalliberale Landespartei Bayern

München, 24. September. (Eigener Draht.)

In der „Deutschen Volkspartei“ des Reichslandvolkskreises Franken wurde eine Session vollzogen. Eine Reihe von Ostgermanen hatte für den gestrigen Sonntag 47 Vertreter nach Bamberg entsandt, wo nach einem Referat des Erlanger Universitätsprofessors Dr. Ben beschlossen wurde, aus der „Deutschen Volkspartei“ vorläufig auszutreten und die Organisation unter dem alten Namen „Nationalliberale Landespartei Bayern“ aufrechtzuerhalten.

Ubermalige Verkehrsperre

Rudwigsbaf, 25. Sept. Wie die Franzosen durch Aufschlag bekanntgeben, tritt Montag, 1. Okt., eine neue Verkehrsperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Kraft. Ueber den Grund und Umfang der Perre ist noch nichts bekannt.

München, 25. Sept. In der Nache von Rohwinkel ist am Sonntag ein gewisser Adolf Brenner aus Gritzen aus unbekanntem Gründen von einem französischen Posten erschossen worden.

Konzerte

Konzert Lüscher-Müller. Zwei junge Künstlerinnen, hier noch unbekannt, feierten gemeinsam der Beurteilung des bewanderten Dresdener Musikpublikums aus. Anna Müller, die Pianistin, ist technisch wohlgeübt, um Mozarts Sonaten-Kunst und Schumanns Klavierstück anspruchsvoller Kleinart zu entsprechen, wird aber ihr Augenmerk noch auf etwas leichtere Kompositionen, mehr Duff (besonders bei Mozart) richten müssen. Ihre Begleitungen der Gesänge von Marga Lüscher liegen ohne, daß solches Streben von Erfolg begleitet sein wird. Marga Lüscher hat einen sanftweichen, warmen, in der Hochleuchtenden Sopran, der nur noch weiterer Schulung bedarf, denn augenblicklich ist die Tonbildung noch unfrei. Es klingt alles kuhlig. Die Vokale sind zu wenig differenziert. Erfreulich war die Wahl einiger Lieber von Maxa Schumann, der Gattin Robertis und Kompositionsfuhrerin Reiffers, des einflussigen musikalischen Generalintendanten unfers Stadt.

Kunstabend. Der ruhmige Musikverein der Oberrealchule, Seedorfstadt, veranstaltete einen Kunst-Kennob-Finbeifen-Abend, der Gelegenheit gab, des schönsten Heimatdichters neueste poetische Gestaltung musikalischer Ereignisse kennen zu lernen. Finbeifen schenkte uns schon neben seinem Schumann-Roman (Derzgen und Masten) die prächtigen Ein stimmungen zu Schumanns „Kinderjahren“-Musik. Jetzt schrieb er eine solche zu Webers „Aufforderung zum Tanz“, jenseit berühmten Walzer-Mondo vom Jahre 1819, einem Markstein in der Geschichte des Walzers. Durch Webers Aufforderung zum Tanz“ kam erst der richtige Schwung in den Walzer, wurde das eigentliche Walzergefuhl erst gemacht und ihr Vor- und Nachspiel waren die ersten Ein- und Ausleitungen und blieben zugleich bis heute die großartigsten ihrer Art. Finbeifen deutet mit feinstem Dichtersinn auf die einzelnen Landbewegungen, sondern läst uns das organische Werden des Gesanges nachspüren. Dichteriich nachgeliebte Rufstimme. Finbeifen sprach selbst und entzickte nach beiden Wecken — vorher gingen Teile der „Kinderjahren“ — laut Anerkennung der den schönen Bestfall vollbesetzten Hörsaal. Die musikalische Ausführung der Weber- und Schumann-Stücke hatte der Furzlich in die Reihen der Dresdener Musikzerleger eingetretene Erich Reichelt übernommen. Auch ihm wurde die gleiche, verdiente Anerkennung. Kr.

Vorträge

Winterpracht und Winterpost im deutschen Mittelgebirge. Die volkstümlichen Vortragsabende des Landesvereins Sächsischer Heimatklub haben in der vorigen Woche ihren Anfang genommen. Im ersten führte Oberleutnant Tschott die Hörer im Flugzeug über die sächsischen Lande hin, im zweiten sprach Dr. Kuffaß über Winterpracht und Winter-

post im deutschen Mittelgebirge. Die Sperrung des Auslandes für Deutsche durch den Weltkrieg ist der Heimat zugunsten gekommen. Was vorher nur wenige wussten, ist jetzt Eigentum vieler Tausender geworden: Daß die Natur auch bei uns den, der zu ihr den Weg findet, mit einem Liebeshaft von Schönheit begnadet, zu jeder Jahreszeit, auch im Winter, der ganz anders ist, als sturische Gemitter kaudernd auf der Ofendant ihn sich teilbaren. Ramentlich die deutschen Mittelgebirge sind schön, gerade dann, wenn in den Städten die Menschen schlafend und lustlos durch vermalichte Strasen schlappen. Leider trägt die Fremdenindustrie, trüben Spitzwege und Wobedamen oft die Reinheit des Bildes. So besonders im Riesengebirge. Man weiß nicht, soll man schlafen oder schadenlos lachen, wenn man die Wandlein und Weiblein in ganz ungeeigneten, aber selbstverständlich immer „loislichen“ Kostümen erblickt. Niefenhotels mit allem wunlichen „Romantik“ vernichten die schönsten Landschaftsbilder, an Reizen von Verkaufsbuden hinsichtlich nimmt man eine Parade der grachtlichsten Geschwafelhaftigkeiten ab. Erzi da, wo der Mensch nicht hintonnt mit seinen Ansprüchen, atmet der Naturfreund frei auf, erst da entkalft sich der Winter in aller seiner Pracht.

Von ihr zeugten die Wandbilder, die der Rechner und vorführte, mit dem Hören aus der Tiefe aufsteigend zu den Hoben, wo der Wald dem Arieholz weicht und der Wind in die Weiten geht. Wildbauer Winter mit seinen Schiffen Schnee und Naturkreis führte seine Werkstatt, in der die drei die bizarren, phantasievolsten Spulgefalten über Baum, Busch und Stein formen. Ob die Reibhelzen brauen, ob die Sonne blendend über den Gipfeln liegt, bei Wolmond und Sonnenaufgang, immer ist das winterliche Mittelgebirge von erhabener Schönheit.

Freizeit — nicht leicht macht oft Mißgebiß den Menschen den Kuffig in sein Reiter. Mit Sturm, Nebel und Schneegestoßer schreckt er den Jagsthaften. Vor allem aber gilt sein Horn dem „Gewild aus Wandgebirg“, das die Landschaft schandert. Die Stangen der Drahtleitung, die nach der Schneegrube hinauffleuterten, hatten es ihm ganz besonders angetan. Diese nachternen steifen Stellen verbandelte er winters in grummiger Laune in die nachstliefen Frozen, umklickte sie mit Schnee, bedangte sie mit glitzernden Eisbären, bis sie unter der Bracht zusammenbrachen — so ist, daß schlieglich die Reisspott das Ringen mit dem Berggott ausgab und eine unterirdische Leitung herstellte.

Der Vortrag, der, gesammelt mit den Wildern, die Reisspott manchmal zu lauter Heiterkeit hinhir und am Schluß dem Reiter dankbaren Beifall eintrug, fand im grohen Vereinskausal statt. Am 3. Oktober spricht Pfarrer Hoffmann über: Deutsche Weihnachtstunf, am 12. folgt ein Hermann-Abend und am 20. ein Niederabend.

Die Freie Vereinigung für Volkshildung und Kunstpflege Gellerau, ein in seinen Bestrebungen und Zielen unbedingt zu unterstubender Verein, trat mit einem Russischen Dichtera-bend im Festspielaal der Wildungsanstalt Gellerau zum erstenmal am 12. folgt ein Hermann-Abend und am 20. ein Niederabend.

Die Freie Vereinigung für Volkshildung und Kunstpflege Gellerau, ein in seinen Bestrebungen und Zielen unbedingt zu unterstubender Verein, trat mit einem Russischen Dichtera-bend im Festspielaal der Wildungsanstalt Gellerau zum erstenmal am 12. folgt ein Hermann-Abend und am 20. ein Niederabend.

Die Freie Vereinigung für Volkshildung und Kunstpflege Gellerau, ein in seinen Bestrebungen und Zielen unbedingt zu unterstubender Verein, trat mit einem Russischen Dichtera-bend im Festspielaal der Wildungsanstalt Gellerau zum erstenmal am 12. folgt ein Hermann-Abend und am 20. ein Niederabend.

Die Sonderbündler. Nachdem im Ruhrgebiet die entscheidende Wendung eintreten, halten die Sonderbündler ihre Zeit für gekommen, um die „Republik“ als „Lösung“ zu empfehlen. Sie tun das durch erhöhte Versammlungstätigkeit, durch Schreikriege und Terror. In Lier tagten sie unter französischem Schutz. Dann formierten sie einen Zug unter Vortrangung einer Fahne, deren Träger in der linken Hand einen Revolver hielt. Dem folgten eine Kapelle von Augembürgern und die Anhänger von Smeets, etwa 800 Personen. Bald kam es zu Handgreiflichkeiten. Die empörten Lierer Bürger stürmten in den Zug hinein und schlugen mit Stöcken und Schürmen drein. Auf Umwegen gelangte dann der Zug zur Bahnhofstraße. Das Publikum stürmte wiederum auf ihn ein und es kam zu einem großen Durcheinander, wobei von den Sonderbündlern etwa 25 bis 30 Schüsse gegen die Menge abgefeuert wurden. Drei Lierer wurden verletzt, darunter einer schwer. Mehrere andere Personen wurden mit Stöcken und Gummiknüppeln blutig geschlagen. Der Zug kam schließlich in völliger Unordnung zum Bahnhof, wo sich die Teilnehmer sofort in Sicherheit brachten. Überall haben die Sonderbündler nur ganz wenig Sympathien. Aber ihre Anstrengungen werden sich jetzt verheeren.

Dörfel, 24. September. In der Nacht wurden an der Ecke der Volksgartenstraße und der Oberbiller Allee zwei diensttunende Wachmeister der Schenke, Albert Köhnen und Karl Vogt, durch mehrere Revolverkugeln getötet. Als Täter kommen nach Zeugnisaussagen zwei Männer in Betracht, die aus einer Versammlung der Sonderbündler kamen.

Dortmund, 24. September. In Dortmund wurden 150 Familien in ganz kurzer Zeit aus ihren Wohnungen geworfen und dann sofort ausgewiesen.

Russisch-kommunistische Waffenlager

Der Vorwärts berichtet folgendes: „Die Berliner politische Polizei hat Entdeckungen gemacht, die das größte Russen erregen und den ungeheuren Ernst der innerpolitischen Lage klar erkennen lassen. Es wurden in Berlin nacheinander zwei Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt, die, wie sich im Verlauf der Ermittlungen einwandfrei ergab, für Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland von amtlichen Organen der hiesigen russischen Vertretung errichtet worden waren.“

In einem Schuppen im Hause Wiener Straße 19 wurde zunächst ein solches Lager entdeckt, was zur Verhaftung eines gewissen Otto Gabels, der diesen Schuppen kurz vor dem Entdecken hatte, führte. Kurz danach entdeckte die Polizei in einer Kammer in der Weststraße 22 in Neudörfel ein weiteres Waffenlager, wobei ein Mann Geheimdrucker der kommunistischen Partei, Es ergab sich, daß ein gewisser Friede und ein gewisser Friedrich Verfügungen über die Kollateralen hatten. Beide wurden sofort festgenommen. Friede handelte im Auftrag des amtlichen Militärattachés der russischen Botschaft, Petroff, der auch die Rechnungen über das Lager hatte. Die Ermittlungen ergaben weiter, daß die in der Wiener Straße beschlagnahmten Waffen bei einer hiesigen Waffenfirma mit 1500 Dollar von Petroff selbst bezahlt worden waren. Es handelt sich beim beschlagnahmten Depot in der Wiener Straße um 5 Kisten folgenden Inhalts: 13 leichte Maschinengewehre, 3 Ersatzrohre für leichte Maschinengewehre, 2 Kisten mit Ersatzteilen für leichte Maschinengewehre, 7 schwere Maschinengewehre, 7 Ersatzrohre für schwere Maschinengewehre, 3 Schüsseln für schwere Maschinengewehre.

Das Lager in der Weststraße 22 in Neudörfel bestand aus 8 Kisten, die folgendes enthielten: 1 Minenwerfer (von Pfeisterwerk), ferner 500 bis 600 Füllgarnituren und Trommeln für Maschinengewehrschützen. Außerdem befand sich dort eine kleine Druckerwerkstatt mit Patronen von Aufsen der Berlin-Brandenburgischen R. A. D.

Wahrscheinlich wurden in dieser Angelegenheit drei Verhaftungen vorgenommen. Wegen der Hauptverdächtigen auf diesen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, nämlich den sowjetrussischen Militärattachés Petroff, kann natürlich nichts unternommen werden, es sei denn auf diplomatischem Wege, da er ex-territoriales Mitglied der russischen Botschaft ist. Der neue Fall beweist, daß trotz den Versicherungen der amtlichen russischen Stellen die Trennungslinie zwischen dritter Internationale und russischer Regierung noch wie vor nicht gezogen ist, auch da nicht, wo es sich um die Vorbereitungen zum kommunistischen Putsch und zum Bürgerkrieg in Deutschland handelt. Das Vorgehen des Petroff bedeutet einen ungeheuren Mißbrauch des Annulla-Bertrages. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk durch diese neuen Vorfälle sowjetrussischen Doppelspiels beeinträchtigt werden. Wenn die Aufdeckung dieses Skandals den Volkswillen von rechts den Vorwand bieten sollte, ihre aggressiven Putschvorbereitungen, die viel gefährlicher und viel weiter fortgeschritten sind, als die von dem Sowjetvölker in den Dichtungen zum Ausdruck. Obwohl sich Frauena Strelewh und unangehörig und mit Begeisterung den kurzen Prozeduren und den Bedenken hingab, obwohl sie die ferne Symbolik des „Dammbruchs“ von Gorki ins Bewußtsein hinstülzte; es blieb der Stoff doch ungeeignet, ein knappes Bild russischer Dichtung zu geben.

Die Veranstaltung erfreute sich eines guten Besuchs. Es ist zu hoffen, daß das Interesse auch für die weiteren Abende des Vereins besteht. p.w.

Dressdner Kalender

Theater am 26. September. Opernhaus: Loda (7 1/2). Volkshaus Nr. 2492 bis 2511. — Schauspielhaus: Anrechtsthe B: Wehler und Händler (7 1/2). Volkshaus Nr. 998 bis 999. — Neustädter Schauspielhaus: Wehler. — Neustädter Theater: Der Gaukler (7 1/2).

Konkistlerverein. Prof. Donald F. Lovey spielt am 26. September im ersten Lebensabend des Dresdner Konkistlervereins die Goldberg-Variationen von Seb. Bach. Prof. Lovey, Lehrer der Musikgeschichte und Leiter des Musikseminars an der Universität Erlangen, ist als Pianist wie als Komponist wertvoller Kammermusik weit über die Grenzen seines Landes geschätzt. In Deutschland hat er sich neuerdings durch die Reinschrift zweier Opernmeister Schuberts bekannt gemacht. Auch an der neuen Kurant-Debarbeitung Hoff Laundner, die am 10. Oktober erstmalig in der Dresdner Staatsoper zur Aufführung gelangt, ist Lovey beteiligt.

Der Berliner Domchor, der am Sonntag (7 1/2) in der Dreikönigskirche ein einmaliges Konzert gibt, hat die Pflege der klassischen Kirchenmusik von jeher als seine vornehmste Aufgabe betrachtet. Seine Programme weisen Namen wie Palestrina, Orlando di Lasso, Corelli, Durante, Caldara aus. Einen breiten Raum nimmt im Programm stets auch Joh. Seb. Bach ein. Doch auch neue Kompositionen kommen zu Gehör. Der Leiter des Chores, Kapellmeister Prof. Hugo Käßler, ist seit langem auch Chorleiter bei den Bairreuther Festspielen. Karten zu dem Konzert bei Ries.

Über das gewaltige Erdbeben in Japan hält morgen Mittag (7 1/2) im Künstlerhaus Ernst Mühlbach einen Lichtbildvortrag. Karten bei Ries, Seestraße, und an der Abendkasse.

Sächsische Landesbibliothek. Mittwoch, 4 bis 6 Uhr, ist das Zimmer der Kostbarkeiten und die Jakob-Rauje-Ausstellung geöffnet.

Das Ruhr-Panama

Die Geschichte wiederholt sich. Ebenso wie das deutsche Volk beim Abbruch des Weltkrieges mit Entsetzen gemahnt wurde, daß es vier Jahre lang belogen und betrogen wurde, beginnt es jetzt, nach acht Monaten des Ruhrkrieges, einzusehen, daß die heroische Fiktion, die von den Nationalisten aufgerichtet wurde, für viele „echtdeutsche“ Patrioten nur dazu diente, sich auf Kosten des hungernden, leidenden Volkes zu bereichern. Je mehr Einzelheiten über die Verkleinerung der Ruhrkredite bekannt werden, desto offenkundiger wird es, daß wir es hier mit einer Panama-Affäre von ungeheuerlichem Ausmaß zu tun haben. In der Volkszeitung wird auch an leitender Stelle darüber geschrieben:

„Der Zusammenbruch des Regimes Cuno giebt seine Kräfte. Was die Herren Becker und Herms aus begründeten Gründen geheim zu halten wünschten, wird jetzt offenbar. Die Ruhraktion hat nicht nur notwendige Ausgaben mit sich gebracht, die Monate hindurch das Reich zu tragen einfach nicht in der Lage war, sondern sie hat außerdem auch noch unendliche Summen gekostet, an denen auch ein wohlgeordnetes Finanzwesen schließlich zusammengebrochen wäre. Zwar ist es nicht verwunderlich, daß bei einem Unternehmen, das nach vorläufiger Schätzung täglich zehn bis zwölf Millionen Goldmark verschlingt — die vollstehende Abrechnung Frau Obermair sprach kürzlich sogar von 40 Goldmillionen —, manche finanzielle Summe in Zeichen steht, für die sie nicht bestimmt ist. Aber die unverantwortliche und untragbare Belastung des Reiches entstand nicht durch ein paar Fälle illegaler Korruption, die hier und da vorgekommen sein mögen, sondern sie rührt her von dem ganz „legalen“ Zustand, der sich in den letzten Monaten im Ruhr- und Rheinland herausgebildet hatte.“

Von den Reichsgeldern lebten nicht nur diejenigen, die wirtschlich infolge der Beschlagnahmungen und des passiven Widerstandes arbeitslos geworden waren, sondern ganze Berufsgruppen, die nichts mit dem passiven Widerstand zu tun hatten, ließen sich bereichern durch die Ruhrhilfe. „Mit den Kaufleuten hing es an, dann kamen Kinobesitzer und Gastwirte, und endlich folgten jene, die Hausangestellten sehr begünstigter Familien ihre Unterstützung aus der Ruhrhilfe des Reiches bezogen haben.“

Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß die Berliner Zentrale, das Kabinett Cuno, die Verantwortung für dieses System der Korruption trifft. Jetzt wird natürlich versucht, die Regierung und das Unternehmertum zu entlasten und alle Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen. Wie steht es aber in Wahrheit mit diesen Dingen?

Die Arbeiter, die die Hauptträger des passiven Widerstandes waren, haben aus dem Mitteln des Reiches ihren Lebensunterhalt bekommen. Vielfach ist die Kost, die man ihnen geben konnte, recht schmal gewesen; manchmal muß sie reichlicher gewesen sein, als zum notwendigen Leben erforderlich war, Reichthümer werden sie aber während der achtmonatigen Besetzungskzeit kaum haben ankommen können.

Wie steht es aber mit den großen Unternehmern des besetzten Gebietes? Gewiß, auch sie haben während der Besetzung zum Teil persönliche Schäden erlitten müssen; ihre Betriebe standen still, und damit entfielen die normalen Einnahmen und Heberträge. Die Gelder, die das Reich dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung stellte, wurden zwar von den Unternehmern durch die Kohlenfinanzierungsgesellschaft, die Stahlfabrikationsgesellschaft, und einige kleinere Unterstützungskassen als Kredite gegeben. Die Kredite waren — es ist oft eine der trüben Seiten aus dem Kapitel Semmes-Gobenstein — mehrere Monate hindurch nicht werbefähig, so daß das Reich schon dadurch außerordentliche Verluste erlitt. Etwas seit dem Mai sind dann die Kredite allgemein auf werbefähige Grundlagel umgestellt worden, so daß nunmehr die Ruhr- und Rheinindustrie dem Reich in sehr großen Umfangem ver schuldet ist. Aber diese Schuld wird anscheinend von beiden Seiten nicht mehr recht ernst genommen.“

Diese Tatsachen wirken um so niederschmetternder, als allgemein bekannt ist, daß zahlreiche Unternehmer im Ruhrgebiet gewaltige Warenvorräte aufgeschichtet und ihre Betriebe aus den Mitteln der Ruhrhilfe instandgesetzt und ausgebaut haben. Die Forderung ist deshalb berechtigt, daß diese Kredite voll zurückerstattet werden. Ohne Rücksicht muß in diesen großen Summen hineingeleistet und gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Abermaliges Verbot der Roten Fahne

Berlin, 24. September. Der Polizeipräsident von Berlin hat gemäß § 21 und 17 in Verbindung mit § 1 des § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juni 1923 das Erheben der Roten Fahne mit ihren sämtlichen Kopfbildern für die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 25. September bis zum 8. Oktober einschließlich verboten. Die Begründung führt eine Reihe offenkundiger Verlesungen und Beschimpfungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung bzw. ihrer Mitglieder an, die aber nicht etwa nur diese Mitglieder persönlich betreffen, sondern die mittelbar auch die republikanische Staatsform herabwürdigend wirken.

So weit die Meldung. Zweifellos ist es richtig, daß die rote Fahne in jeder Nummer dazwischen Schandungen und Verlesungen der Regierungsmitglieder ansetzt. Besonders die Genossen Hilferding, Solmann und Seegering wurden als „schamlose Verbrecher“ hingestellt, die ihre Politik als „Kettenscheit der Bourgeoisie“ nur zur Fällung der Geldgräbe der Stinnes und Konforten betrieben. Diese wahrhaftigen Schimpfereien sollen jedes gegenseitige proletarische Vertrauen zerstören, jeden Schimmer menschlicher Achtung erlöchen, auf daß „die Gebrauchsarten endlich im Abgrund der Schmach verfallen“. Auf diesen Ton ist die ganze kommunistische Presse gestimmt. Der Edel erhebt einen, viele anderen Griffe täglich lesen zu müssen. — Aber trotz allen formalen und sachlichen Gründen für die Verbote darf man die politischen Gesichtspunkte nicht außer acht lassen. Die politischen Wirkungen und Folgen der Verbote äußern sich in einer Hemmung und Unterbrechung des Klärungsprozesses im Proletariat, in die R. A. D. mit der „Pressebildung durch die sozialistische Volkselemente der Bourgeoisie“ Sympathien bei der von wirtschaftlicher Not geplagten Volksmasse zu gewinnen versucht. Man muß fordern, daß die Maßregel des Presseverbots sehr vorsichtig und wohlüberlegt gehandhabt werde.

Die Diktatur in Bulgarien

Die bulgarische Regierung läßt ein Regiment aus, das man als Diktatur ansprechen muß. Sie hat jetzt den Befehlungsstand über das ganze Land verhängt, um die Bewegung zu unterdrücken, die sich besonders gegen das Kabinett und gegen den König Boris richtet. Die Bewegung ist nach Meldungen über das Ausland sehr stark. Der Eisenbahnerstreik sei überall lahmgelegt und der Generalstreik im ganzen Lande verhängt. Die Eisenbahn- und Postbeamten nehmen am Generalstreik teil. Ein Kavallerieregiment und eine Artillerieabteilung seien von den Bauern gefangen genommen worden. Die Offiziere würden festgehalten, die Mannschaften sollten abgerüstet werden. Die Regierung behauptet, die Bewegung sei bolschewistisch. Viele Kommunisten sind bereits verhaftet. Arbeiter sind bei Zusammenkünften erschossen worden. Die Regierung gibt an, mit den britischen Gewaltmitteln der Bewegung Herr zu werden zu können.

Gewerkschaftsbewegung

Der „Fertum“ des Unternehmers

Der Fabrikbesitzer Gieseler in Wittmitzweiba hatte in seinem Werkzeugmaschinenfabrik in der Woche vom 21. bis 27. Januar 1923 einen Robellistiker 5 1/2 Stunden ohne Erlaubnis der Behörden und ohne Vorliegen eines Notfalles im Sinne der Demobilisationsverordnung vom 23. November 1918 beschäftigt, damit das Modell eines Präzisionsmaschinenregulators, das auf der Leipziger Frühjahrsmesse ausgestellt werden sollte, rechtzeitig zum Guß fertiggestellt werden konnte. Der Fabrikant hat eine behördliche Erlaubnis zur Heberarbeit des Robellistikers nicht für nötig gehalten, weil es sich nur um einen Arbeiter gehandelt habe. Er ist indessen sowohl in erster wie in zweiter Instanz zur Rechenschaft gezogen worden. Da die Reize erst in fünf Wochen fertig waren, wäre der Angeklagte wohl in der Lage gewesen, die notwendige Erlaubnis im voraus einzuholen. Der mit der Revision des Angeklagten erhobene Einwand, daß die Verordnung des Demobilisationskommissars vom 28. November 1918 der gälligen Strafandrohung entzöhere, schlug zwar nicht durch, weil die Strafandrohung in der noch vor der Staatsumwälzung erlassenen Reichsanzler-Bekanntmachung vom 7. November 1918 als rechtsgültig zu gelten habe, ebenso war nach Auffassung des Oberlandesgerichts Dresden vom Vorderrichter des Vorhandenseins eines Notfalles rechtlich einwandfrei verneint worden. Inessen müßte aus einem andern Grunde das angefochtene Urteil kassiert und die Sache an das Landgericht Chemnitz zurückerwiesen werden. Der Straffenat beanstandete nämlich, daß der Vorderrichter nicht die Frage der Anwendung der Irzumsverordnung geprüft hat, was um so notwendiger gewesen wäre, als sich der Angeklagte in diesem Falle zur Heberarbeitung der Arbeitsverordnung für befugt gehalten habe.

Betriebsräteversammlung der Gruppe V Graphische Gewerbe

Vorsitzender Baummeister (Buchbinder) begrüßt die zahlreich erschienenen und weist auf die Unmöglichkeit hin, in den Betriebsräteversammlungen zu praktischer Arbeit zu kommen. Deshalb seien auf einstimmigen Beschluß des Vollrates und der Gewerkschaften die Gruppenversammlungen festgesetzt worden. Der gute Besuch zeige, daß dieser Weg der richtige sei.

Freitag (Buchbinder) hielt einen belehrenden Vortrag über „Wirtschaftslage, Kurzarbeit und Betriebskollagen“. Redner ging aus von der traurigen Laune der politischen Schwäche der deutschen Arbeiterklasse, die es allein verschuldet habe, daß vier Jahre nach der Revolution die Möglichkeit vorhanden war, daß eine Regierung Cuno die Arbeiterschaft neun Monate lang in so ungeheures Elend stürzen konnte. Es sei tief bedauerlich, daß man sich um politische Dogmen willen vor Freunde des Kapitalismus mehr und mehr zerfalle und die gesamte Arbeiterklasse dabei immer tiefer in die Not treiben lasse. Die Gewerkschaften als solche müßten in immer schwerer sich gelastenden Kämpfen für das notwendigste eintreten, was durch die politischen Zustände fortwährend erschwert werde.

In längeren Ausführungen erläuterte der Vortragende die Verordnung vom 12. Februar 1920 über Einstellungen und Entlassungen, um dann im besonderen die Verordnung über Einstellungen und Betriebsabbrüche vom 8. November 1920 mit der Ergänzungsverordnung des sächsischen Arbeitsministeriums vom 10. September 1923 zu erläutern, an deren Zustandekommen er selbst nicht anders Gewerkschaftern Sachens mit gearbeitet habe. Auch die an die Reichsregierung dem Arbeitsministerium gerichteten Anträge auf weitgehende Verbesserung dieser Verordnungen gab Redner ausführlich bekannt. Seien die erwähnten Ergänzungsverordnungen des sächsischen Arbeitsministeriums auch keine Vollkommenheit, so seien sie bei richtiger Anwendung der Betriebsräte gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Waffe um vielen Misshandlungen der Unternehmer zu begegnen.

In der Aussprache wurden von Rager (Bauhilf) eine Reihe Verbesserungsanträge für die oben erwähnten Verordnungen überreicht, die dem Arbeitsministerium übermitteln werden sollen. Er fordert, daß scharfe Strafbestimmungen geschaffen werden, um den Sabotagegeboten der Unternehmer Einhalt zu gebieten.

Rixner (Büch.) bemerkt sich, politische Momente in die Verordnungen zu tragen und läßt zu der von Unberufenen einberufenen Betriebsräteversammlung ein. Die Zwischenrufe zeigten ihm, daß man keine Lust verpöht, Herbitlerungsarbeit zu unterlassen.

Scheide (Buchbinder) weist die verachteten Quertreibern Kirchen (scharf zurück und stellt fest, daß die heutige gutbefundene Versammlung auch in ihrer Einstellung zeige, daß praktische Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse vorläufig nur in den Gruppenversammlungen zu leisten sei. Solange der Terror einer Minderheit in den Vollversammlungen nicht unterbleibe, müsse sie jeder anständige und ehrliche Gewerkschafter meiden. Scheide gibt noch einige recht drastische Beispiele von verachteten Stillelegungen, zeigt, welche brutale Rollen dabei einige Unternehmer spielten, die aber unter Mitwirkung der Gewerkschaft doch verhindert wurden. Strenge Verurteilung von Unternehmern in solchen Fällen sei unbedingt zu fordern. Die Arbeitslosenfrage müsse ebenfalls in den Gruppenversammlungen wie bisher behandelt werden. Unorganisierte seien, entgegen der Auffassung Kirchners, zu keiner Zusammenkunft einer Gewerkschaft zugelassen.

Eine Reihe Anfragen werden zur Zufriedenheit der Fragesteller vom Vorsitzenden Baummeister erledigt, der noch Beispiele von Verdrängung beantragter Betriebskollagen unter Mitwirkung des Gewerbeaufsichtsamtes schildert.

Im Schlußwort geht Freitag auf einzelne Debattierpunkte ein und fordert, daß etwaige Schlänen der Unternehmer sofort schriftlich dem Arbeitsministerium angezeigt werden. Er wendet sich gegen Kirchners Ausführungen, die nur dazu angeht seien, dem Unternehmertum den Rücken zu stärken, da sie als Ferkelungsarbeit wirken müßten. Nur Einigkeit erzeuge die Kraft, die zur Widerämpfung des Kapitals notwendig sei.

Die gestellten Anträge werden einstimmig angenommen. Vorsitzender Baummeister schließt die Versammlung mit dem Wunsch, immer so zahlreich zu erscheinen.

Der Dollar 120 697 500,-

Berlin, 25. September. Amtlich.

	25. 9.	24. 9.	23. 9.	22. 9.
Konstantinopel 1 Gulden	47481000	47719000	58254000	58549000
Quen. Altes 1 Beso	40299000	40501000	40077000	40823000
Konwegen 1 Krone	18152000	18249000	23710250	23806000
Dänemark 1 Krone	21748000	21864500	26733000	26897000
Schweden 1 Krone	32119500	32280600	39801500	39988000
Helsingfors 1 fin. M.	3241875	3268125	8970050	8989900
Belgien 1 Frank	6729150	6766850	7720650	7730350
Italien 1 Lire	5625900	5641000	6753075	6762250
London 1 Pfd. St.	54982500	55187500	67981250	67987500
Reunort 1 Dollar	120697500	121302500	146032500	147067500
Paris 1 Frank 50	7609800	7699290	9007200	9128900
Schweiz 1 Frank	21608860	21714150	26488750	26590250
Spanien 1 Pefeta	18087100	17982900	20548500	20631600
Wien (abg.) 100 Kr.	171670	172490	209445	210785
Wrag 1 Krone 50	8820250	8839075	4429000	4431100
Wladipet 1 Krone	8185	8218	7481	7519

rs. Berlin, 25. September. (Eig. Draht.) Am Devisenmarkt ist die Lage im allgemeinen wenig verändert. In Erwartung der weiteren Entwicklung der Inflation und monetarischer Herrschaft für die Inflation. Die Kaufkraft nach ausländischen Zahlungsmitteln ist außerordentlich gering. Die am gestrigen erfolgte volle Auktion bei der amtlichen Versteigerung unter richtiger Beobachtung der Kurse gegenüber dem Preisverfall führt die Unternehmungslust. Die Umsätze waren im Laufe des Vormittags auf geringe Beträge beschränkt.

Der Verkehr von und nach Majewitz wird ab Barbarossaplatz durch Benckewagen vermittelt.

Linie 20: Alkotla-Postplatz-Kirchhofstraße wird ab Rathausplatz über Billnitzer, Striesener und Barbarossaplatz nach der Bergmannstraße geführt.

Die Wagen der Linie 11 verkehren nur noch zwischen Bühlau und Hauptbahnhof, also nicht mehr zur Nürnberger Straße.

Die Einheitschule

Zum Dresdner Lehrerverein wurde in zwei zahlreich besuchten Versammlungen durch mehrere Vortragende der Gedanke der Einheitschule zur Sprache gestellt.

Der Durchschnittspreis

Der Kaffereibesitzer Trautmann in Königsbrunn hatte am 18. Januar 1923 450 Pfund Margarine zum Preise von 1230 M. und am 20. Januar 300 Pfund zum Preise von 1700 M. gekauft.

Ein außergewöhnlicher Brief

Eine Weberschraube in Grimmitzsch sollte durch Nachlässigkeit, ungenügende Aufsicht und mangelhafte Ernährung den am 11. Januar 1923 eingetretenen Tod des unehelichen Kindes dieses Ehepaares herbeiführen.

Stadt und Land. Am Sonnabend war eine Kolonne von 36 Mann auf die westlichen sogenannten Oberhöfer gezogen, um billige Lebensmittel anzukaufen.

Verhaftungen im Gerichtssaal. Der aus großen Dresdner Straßprojekten bekannte Pferdehändler Josef Wilhelm Dietrich aus Nieder-Einsiedel, zuletzt in Lepzig-Schönau wohnhaft, wurde sich jetzt erneut vor dem Baugner Landgericht verantworten.

Verhaftungen im Gerichtssaal. Der aus großen Dresdner Straßprojekten bekannte Pferdehändler Josef Wilhelm Dietrich aus Nieder-Einsiedel, zuletzt in Lepzig-Schönau wohnhaft, wurde sich jetzt erneut vor dem Baugner Landgericht verantworten.

Paschergeschichten aus Tageslicht kamen, wurden letztgenannte beide Pferdehändler verhaftet und ein Verfahren gegen sie anhängig gemacht.

Höhere staatliche Versuchsschule. Der Verein zur Förderung der höheren staatlichen Versuchsschule veranstaltet Donnerstag, 7. u. 8. Okt., im Odeon, Carusstraße, einen Herbstabend.

Neue Preise für Hausbrandstoffe. Vom Kohlenamt wird und geschrieben: Infolge Verordnung der Wertpreise in Goldmark sind die Kleinverkaufspreise für Steinoblen je nach Herkunft und Sorte auf 88 800 000 M. bis 96 200 000 M. für Niederländischer Beikeite auf 58 500 000 M. je Zentner ab Lager festgesetzt worden.

Die Fährgebühren in der Sächsischen Schweiz sind ab dem 1. Oktober 1923 neu festgesetzt worden.

Falsche 10-Millionen-Scheine. In den letzten Tagen sind falsche 10-Millionen-Scheine in den Verkehr gebracht worden.

Tot aufgefunden wurden am Montag in ihrer Wohnung in der Kadener Straße ein 17jähriger Kleinkind und in der Geroldstraße eine 19jährige Arbeiterin.

Kaiser Tod. Auf dem Kopplatz fiel am Montagabend ein 38 Jahre alter, in der Weinligstraße wohnhafter Eisenbahnbeamter plötzlich in der Erregung um und verschied in der Sanitätskammer, wohin man ihn gebracht hatte.

Zum Morde in der Werderstraße. Die Nachforschungen nach dem Täter haben bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt.

Eindrücke. In der Nacht zum 11. September wurden mittels Eindrucks aus einem Schlachthaus in Bitterfeld Schweinefleisch, Kalb und Speck im Werte von mehreren Milliarden Mark gestohlen.

Dresdner Umgebung

Die Butter- und Kartoffellieferung in den Gemeinden

Schon seit längerer Zeit herrschte bei der Verbraucherschaft von Herzogswalde berechtigter Empörung darüber, daß sich ein gewisser Teil Erzeuger (nicht alle) entschieden weigern, an Ortsbewohner Butter zum gesetzlichen Höchstpreise abzugeben.

Die öffentliche Einwohnerversammlung von Herzogswalde fordert die Gemeindebehörde auf, unermüdet weiterarbeiten zu lassen, daß die Kartoffellieferung (pro Einwohner über 6 Jahre 6 Zentner) und die wöchentliche Verteilung von Butter (pro Kopf und Woche 1/2 Maß) schnellstens geregelt wird.

Der Entschließung stimmten auch die anwesenden Gemeindevorsteher und Landwirte zu. Damit ist der leidige Streit um die Butter- und Kartoffellieferung in der Gemeinde Herzogswalde zu Ende.

Aus dem Bartleben

Referenten, Stadträte, Stadtverordnete und Gemeindevorsteher der V. S. V. D.

Morgen Mittwoch, abends pünktlich 6 Uhr, im Volkshaus Kurkursvortrag des Genossen Bittel über die Gemeindeverfassung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

P. S. S. Der Aufzug der P. S. S.-Gendarmen in den Betrieben ist in dieser Woche zu beenden. Die gewählten Führer haben Freitag den 22. September, abends 7 Uhr, im großen Volkshaus eintraffen.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer. 2. und 3. Oktober Wanderung in das östliche Erzgebirge. In Dippoldiswalde Übernachtung in der zum größten Teil von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer gebildeten Jugendherberge und einfachen Essen.

6. Unterbezirk. Kinderjugendkommission (Hauptbüro) des V. S. V. D. Cotta, Dresden, Leutewitz. Donnerstag bei schönem Wetter Spaziergang. Stellen: Cotta 3 1/2 Uhr am Hauptplatz, Leutewitz 2 1/2 Uhr am Gassehof Leutewitz.

Kinderjugendkommission Striesen, Majewitz, Grunna. Mittwoch bei schönem Wetter Spielplatz in der Heide. Stellen der Kinder 2 1/2 Uhr Barbarossaplatz, 3 1/2 Uhr Schillerplatz.

Bezirk Ostseebaude, Striesch, Remzig u. U. g. Donnerstag den 27. September, Mittwoch den 3. und Mittwoch den 10. Oktober, abends Punkt 7 Uhr, in der Schule zu Striesch Kursus über die neue Gemeindeverfassung.

Freitag den 28. September, abends Punkt 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schule zu Striesch. Vortrag über das neue Organisationsstatut des Unterbezirks Ostseebaude sowie Debatte und Beratung darüber.

Wirtschaftszahlen am 24. September. Goldmark (berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs am 24. September) 35 087 500 M., nach Reusener Markturs 31 748 000 M.

Wettervorhersage für den 26. September. Heute bis morgen, trocken, brütlich, leichte Morgennebel, keine wesentliche Temperaturänderung, schwache bis mäßige Winde aus südlichen Richtungen.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Arbeiter-Sportklub, Gewerkschaften, Donnerstag den 27. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8: Vortrag des Kameraden Hermann. - Von gleichen Tag im Zimmer 8, abends 6 1/2 Uhr, Centralratungskunde. - Erscheinen der Vorstandsmitglieder ist unbedingt Pflicht.

Jugendsozialisten Stehch-Kassabunde. Umstände halber muß unser Abend am Donnerstag den 27. September (Schon Punkt 7 Uhr) beginnen. Bitte darauf Rücksicht zu nehmen und pünktlich zu erscheinen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Sportidee muß Einschränkung erfahren. Resultate von Vereinstesten können nicht mehr gedruckt werden. Von Vereinstesten sind nur die einzufinden, die von besonderer Wichtigkeit sind.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. 1. Gruppe. In der letzten Gruppenversammlung ist beschlossen worden, das Vereinstestturnen morgen (26. September) in Cotta, abends 7 Uhr, stattfinden zu lassen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. 1. Gruppe. In der letzten Gruppenversammlung ist beschlossen worden, das Vereinstestturnen morgen (26. September) in Cotta, abends 7 Uhr, stattfinden zu lassen.

Bundesschule (Männerturnen). Morgen (Mittwoch), abends 6 Uhr, Abendsübungen. Keulen mitbringen.

Sportklub Ostseebaude. In dem am 14. Oktober, vorm. 7 Uhr, in Ostseebaude stattfindenden Wettkampf wird nicht nur Ertragsgeld gefahren, sondern fahrplanmäßig: 6,44 ab Hauptbahnhof, 6,50 ab Wettiner und 7 Uhr ab Reustadt.

Laufringverein Die Naturfreunde. 1. Bezirk, Ostseebaude. Dresden, am 25. September Jugendabteilung Gesellschaftsspiele. - 26. September Hausausflug. Sitzung im Volkshaus, Zimmer 8, 7 Uhr. - Volkstanzgruppe. 7 Uhr Übungsabend in der Turnhalle, 9. Volksschule. - Sektion für Naturkunde. Abendwanderung nach Altschönau.

Volkssportwettkämpfe. 25. Sept. hält die 68. Volksschule in Dresden-Majewitz ein Turn- und Spielfest ab. Vorm. 8-10 1/2 Uhr volkstümliche Wettkämpfe (Springen im Schulhofe, Laufen und Angeln auf dem Spielplatz auf der Hofpfeiferstraße).

Wirtschaftszahlen am 24. September. Goldmark (berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs am 24. September) 35 087 500 M., nach Reusener Markturs 31 748 000 M.

Wettervorhersage für den 26. September. Heute bis morgen, trocken, brütlich, leichte Morgennebel, keine wesentliche Temperaturänderung, schwache bis mäßige Winde aus südlichen Richtungen.

Wettervorhersage für den 26. September. Heute bis morgen, trocken, brütlich, leichte Morgennebel, keine wesentliche Temperaturänderung, schwache bis mäßige Winde aus südlichen Richtungen.

Wettervorhersage für den 26. September. Heute bis morgen, trocken, brütlich, leichte Morgennebel, keine wesentliche Temperaturänderung, schwache bis mäßige Winde aus südlichen Richtungen.